S 1 R 96/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	16.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Rückausgleich von im Wege des Versorgungsausgleichs übertragenen Rentenanwartschaften Antrag einer Hinterbliebenen (hier Witwenrente)
Leitsätze	-
Normenkette	VersAusglG § 37 VersAusglG § 38

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 R 96/17
Datum	17.10.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 16 R 796/18
Datum	24.02.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Frankfurt (Oder) vom 17. Oktober 2018 wird zurÄ¼ckgewiesen.

Ä

AuÄgergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Ä

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Â

Die KlÃ¤gerin begehrt hÃ¶here Witwenrente nach Feststellung eines RÃ¼ckausgleichs von im Wege des Versorgungsausgleichs Ã¼bertragenen Rentenanwartschaften.

Â

Die 1975 geborene, in Vietnam lebende KlÃ¤gerin ist die Witwe des am 3. MÃ¤rz 2016 verstorbenen, am 16. Juni 1953 geborenen A E (Versicherter), den sie am 29. Oktober 2010 geheiratet hatte. Dessen erste Ehe war geschieden und zu seinen Lasten nach der Scheidung im Jahr 1988 ein Versorgungsausgleich durchgefÃ¼hrt worden. Die ausgleichsberechtigte Ehefrau, deren Versicherungskonto bei der beigeladenen Deutschen Rentenversicherung Bund gefÃ¼hrt wird, verstarb am 18. Januar 2008, ohne Leistungen aus den Ã¼bertragenen Anwartschaften erhalten zu haben. Der Versicherte selbst bezog vor seinem Tod keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Â

Die Beklagte bewilligte der KlÃ¤gerin fÃ¼r die Zeit ab 3. MÃ¤rz 2016 antragsgemÃ¤Ã kleine Witwenrente (WR) und berÃ¼cksichtigte bei der Ermittlung der persÃ¶nlichen Entgeltpunkte (EP) einen Abschlag aus dem durchgefÃ¼hrten Versorgungsausgleich (Bescheid vom 9. Mai 2016; Zahlbetrag ab 1. Juli 2016 = 354,10 â¬). Die Rente werde neu festgestellt, sobald Ã¼ber den Antrag der KlÃ¤gerin vom 31. MÃ¤rz 2016 auf Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person entschieden worden sei. Mit Bescheid vom 17. Mai 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. November 2016 lehnte die Beklagte eine Neufeststellung der WR wegen âAussetzung der KÃ¼rzungâ nach [Â§ 37](#) Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) ab, weil die KlÃ¤gerin insoweit nicht antragsberechtigt sei. Das Sozialgericht (SG) Frankfurt (Oder) hat die auf ungekÃ¼rzte Rentenzahlung gerichtete Klage mit gleichlautender BegrÃ¼ndung abgewiesen (Urteil vom 17. Oktober 2018). Ein Anspruch der ausgleichspflichtigen Person, hier des Versicherten, gehe nur unter den vorliegend nicht erfÃ¼llten Voraussetzungen des [Â§ 34 Abs. 4 VersAusglG](#) auf die Erben Ã¼ber und betreffe ausschlieÃlich ZeitrÃ¤ume vor dem Tod des Ausgleichspflichtigen.

Â

Mit der Berufung verfolgt die KlÃ¤gerin ihr Begehren weiter. Sie trÃ¤gt vor: Sie sei als Alleinerbin ebenfalls antragsberechtigt iSd [Â§ 37 Abs. 1 Satz 1](#), [38 Abs. 1 Satz 2 VersAusglG](#). Dies folge aus der Verweisung in [Â§ 38 Abs. 2 VersAusglG](#) auf [Â§ 34 Abs. 4 VersAusglG](#). Im Ã¼brigen ergebe sich ein Antragsrecht der KlÃ¤gerin auch aus Verfassungsrecht. Ein Antragsausschluss verstÃ¶Ãe gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des [Art. 3 Grundgesetz \(GG\)](#).

Â

Die Klägerin beantragt nach ihrem Vorbringen,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Frankfurt (Oder) vom 17. Oktober 2018 und den Bescheid der Beklagten vom 17. Mai 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. November 2016 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, den Wert ihres Rechts auf kleine Witwenrente für die Zeit ab 3. März 2016 unter Feststellung des Rückausgleichs ohne Abschlag an Entgeltpunkten für den durchgeführten Versorgungsausgleich festzustellen und die Beklagte zu verurteilen, ihr entsprechend höhere Witwenrente zu zahlen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

Â

Die Beigeladene hat keinen Berufungsantrag gestellt.

Â

Die Verwaltungsakten der Beklagten und Beigeladenen haben vorgelegen und sind Gegenstand der Beratung gewesen.

Â

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt (vgl. [§ 153 Abs. 1](#), [§ 124 Abs. 2](#) Sozialgerichtsgesetz).

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung der Klägerin ist nicht begründet. Sie hat keinen Anspruch auf Neufeststellung ihrer WR ohne Abschlag von EP für den durchgeführten Versorgungsausgleich und Zahlung höherer Rentenbeträge für die Zeit ab 3. März 2016.

Â

Gegenstand des Verfahrens sind neben der angefochtenen Entscheidung des SG der Bescheid der Beklagten vom 17. Mai 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. November 2016, mit dem die Beklagte entsprechend ihrem Vorbehalt im WR-Rentenbescheid vom 9. Mai 2016 eine Entscheidung über den Antrag der Klägerin auf Rückausgleich getroffen und insoweit eine Neufeststellung des Werts des Rechts der Klägerin auf kleine WR für die Zeit ab 3. März 2016 und die Zahlung entsprechend höherer Rentenbeträge abgelehnt hat. Bei verständiger Würdigung ihres Vorbringens (vgl. [Â§ 123 SGG](#)) wendet sich die Klägerin mit der Anfechtungsklage ([Â§ 54 Abs. 1 Satz 1 SGG](#)) gegen den einen Rückausgleich ablehnenden Bescheid, macht mit der Verpflichtungsklage ([Â§ 54 Abs. 1 Satz 1 Alt 3 SGG](#)) die Festsetzung eines höheren Rentenwerts unter Außerachtlassung des Abschlags aus dem Versorgungsausgleich sowie mit der unechten Leistungsklage ([Â§ 54 Abs. 4 SGG](#)) die Zahlung eines höheren monatlichen Rentenbetrags geltend, und zwar zulässigerweise im Wege der objektiven Klageaufhebung ([Â§ 56 SGG](#)).

Â

Grundlage für die Ermittlung der persönlichen EP sind bei Witwenrenten die EP des verstorbenen Versicherten ([Â§ 66 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI](#)). Die persönlichen EP für die Ermittlung des Monatsbetrags der Rente ergeben sich, indem die Summe der EP mit dem Zugangsfaktor vervielfacht und ua bei Witwenrenten um einen Zuschlag erhöht wird ([Â§ 66 Abs. 1 SGB VI](#)). Zu den Summanden, die durch Addition die Summe der EP ergeben, zählen gemäß [Â§ 66 Abs. 1 Nr. 4 SGB VI](#) ua auch Abschläge aus einem durchgeführten Versorgungsausgleich, die ihrerseits aus einer Übertragung von Rentenanwartschaften zu Lasten des Versicherten resultieren ([Â§ 76 Abs. 3 SGB VI](#)). Die Übertragung von Rentenanwartschaften regelte [Â§ 1587b Abs. 1 Satz 1](#) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in seiner bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung. Danach übertrug das Familiengericht im Rahmen des Scheidungsverfahrens von Amts wegen (vgl. [Â§ 623 Abs. 1 Satz 3](#) Zivilprozessordnung in seiner bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung) Rentenanwartschaften in Höhe der Hälfte des Wertunterschieds, wenn ein Ehegatte in der Ehezeit Rentenanwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung erworben hatte und

diese die Anwartschaften iS des [Â§ 1587a Abs. 2 Nr. 1](#), Â 2 BGB aF
überstiegen, die der andere Ehegatte in der Ehezeit erworben hatte (sog
Rentensplitting).

Â

Der geltend gemachte Anspruch der Klägerin auf Rückausgleich ist an den
Regelungen des am 1. September 2009 in Kraft getretenen VersAusglG zu messen.
Dieses Gesetz ist auch auf die bereits zuvor vollzogenen Versorgungsausgleiche
anzuwenden, da das Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
(VAHRG) mit dem 1. September 2009 außer Kraft getreten ist (Art 23 Satz 1, Satz
2 Nr 2 des Gesetzes zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs vom 3. April
2009, [BGBl I 700](#)). Nach der Übergangsvorschrift des [Â§ 49 VersAusglG](#) ist das
frühere Recht nur dann weiterhin anzuwenden, wenn für Verfahren nach
den [Â§ 4](#) bis [10 VAHRG](#) der Antrag vor dem 1. September 2009
eingegangen ist, was vorliegend nicht der Fall ist.

Â

Die früher geltenden Vorschriften des [Â§ 4](#) iVm [Â§ 9 VAHRG](#) über den
sog "Rückausgleich", dh den Bezug einer Rente ohne Abschläge trotz zuvor
wegen des Versorgungsausgleichs übertragener Anwartschaften, sind durch
die [Â§ 37](#), [38 VersAusglG](#) abgelöst worden.

Â

Ist die ausgleichsberechtigte Person hier die geschiedene erste Ehefrau des
Versicherten gestorben, so wird ein Anrecht der ausgleichspflichtigen Person
hier des Versicherten auf Antrag nicht länger auf Grund des
Versorgungsausgleichs gekürzt ([Â§ 37 Abs. 1 Satz 1 VersAusglG](#)). Gemäß [Â§ 38
Abs. 1 VersAusglG](#) entscheidet über die Anpassung der Versorgungsträger, bei
dem das auf Grund eines Versorgungsausgleichs gekürzte Anrecht besteht (Satz
1). Antragsberechtigt ist die ausgleichspflichtige Person (Satz 2). [Â§ 34 Abs. 3](#)
und [4](#) gilt entsprechend ([Â§ 38 Abs. 2 VersAusglG](#)).

Â

Nach den genannten Regelungen, die insoweit gegenüber dem VAHRG
Einschränkungen enthalten, war und ist die Klägerin nicht antragsberechtigt.
Nach [Â§ 38 Abs. 1 Satz 2 VersAusglG](#) ist antragsberechtigt für die
"Anpassung" den Rückausgleich) nur noch der ausgleichspflichtige
Ehepartner, nicht mehr ein Hinterbliebener (wie noch nach [Â§ 9 Abs. 2 Satz 1
VAHRG](#)). Dem entspricht, dass [Â§ 37 Abs. 1 Satz 1 VersAusglG](#) nur noch davon
spricht, dass ein Anrecht der ausgleichspflichtigen Person nicht länger
aufgrund des Versorgungsausgleichs gekürzt wird ([Â§ 4 Abs 1 VAHRG](#) betraf
noch die Versorgung des Verpflichteten oder seiner Hinterbliebenen). Hierzu
heißt es in den Materialien ([BT-Drucks 16/10144, S 75](#)): "Anders als in [Â§ 4
Abs. 1 VAHRG](#) ist aber ein Anpassungsanspruch nicht mehr vorgesehen, wenn

die Hinterbliebenen der ausgleichspflichtigen Person von der Anpassung profitieren wÃ¼rden. Diese haben kein schutzwÃ¼rdiges Interesse an der RÃ¼ckkÃ¼ngigmachung der VersorgungskÃ¼rzung. Die Witwe oder der Witwer der ausgleichspflichtigen Person konnte und musste damit rechnen, dass die (Hinterbliebenen-) Versorgung der ausgleichspflichtigen Person um den fÃ¼r den Versorgungsausgleich abgezogenen Betrag reduziert war.â Letzteres trifft exakt die vorliegende Fallkonstellation.

Â

DemgemÃ hat das Bundessozialgericht (BSG), dessen Rspr der Senat zugrunde legt, auch bereits entschieden, dass Hinterbliebene nicht berechtigt sind, eine Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person zu beantragen. â Ihnen ist der RÃ¼ckkausgleich versperrtâ (so ausdrÃ¼cklich BSG, Urteil vom 20. MÃrz 2013 â [B 5 R 2/12 R](#) = SozR 4-2600 Â§ 88 Nr 2 â Rn 16; vgl auch gleichlautend BSG, Urteil vom 24. April 2014 â [B 13 R 25/12 R](#) = SozR 4-2600 Â§ 88 Nr 3 â Rn 15,16). Die Bestandsschutzregelung des Â§ 88 Abs. 2 Sozialgesetzbuch â Gesetzliche Rentenversicherung â (SGB VI) ist hier von vornherein nicht einschÃ¼gig, weil der Versicherte keine Rente aus eigener Versicherung bezogen hatte (vgl hierzu BSG aaO Rn 17 ff).

Â

Allein die entsprechend anzuwendende Vorschrift des [Â§ 34 Abs. 4 VersAusglG](#) sieht einen Ãbergang des â der ausgleichspflichtigen Person zustehenden â Anspruchs auf Anpassung auf die Erben vor, wenn der Erblasser den Antrag auf Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person gestellt hatte. Dies war vorliegend indes nicht der Fall. Entgegen der Auffassung der KlÃ¼gerin folgt hieraus nicht, dass das âAnrechtâ iSv [Â§ 37 Abs.1 Satz 1 VersAusglG](#), das nur der ausgleichspflichtigen Person zusteht, auf die Erben Ã¼bergeht, sondern nur der durch einen Antrag der ausgleichspflichtigen Person vor deren Tod ausgelÃ¼ste Anpassungsanspruch, der sich folgerichtig auch nur auf etwaige Nachzahlungen laufender Geldleistungen des Ausgleichspflichtigen bis zu dessen Tod erstrecken kann (vgl auch gleichlautend Verwaltungsgericht WÃ¼rzburg, Urteil vom 14. Juni 2016 â [W 1 K 15.871](#) â juris â Rn 25 mwN; zu Â§ 4 Abs. 2 VAHRG auch BSG, Urteil vom 20. MÃrz 2013 â [B 5 R 2/12 R](#) â Rn 16).

Â

Ein VerstoÃ gegen Verfassungsrecht ergibt sich hieraus nicht. Es ist schon nicht erkennbar, woraus sich ein VerstoÃ gegen den Gleichheitssatz des [Art. 3 GG](#) ergeben sollte. Der Gesetzgeber ist verfassungsrechtlich nicht verpflichtet, Inhaber der Anrechte auf eine Altersversorgung und deren Hinterbliebene gleich zu behandeln, zumal das RechtsverhÃ¼ltnis zwischen Versichertem und RentenversicherungstrÃ¼ger dem Hinterbliebenen ein eigenstÃ¼ndiges Recht auf entsprechende Leistungen vermittelt (vgl BSG [SozR 4-2600 Â§ 307b Nr 4](#), Nr 10). Es unterfÃ¼hrt grundsÃ¼tzlich der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, die Grenzen fÃ¼r eine âRÃ¼ckabwicklungâ des Versorgungsausgleichs zu ziehen und die

Gruppe der Ausgleichsverpflichteten zu bestimmen, die bei Vorversterben der ausgleichsberechtigten Person einen Anspruch bzw eine Anwartschaft zurÃ¼ckgewinnen (vgl schon BVerfG, Urteil vom 5. Juli 1989 â [1 BvL 11/87](#), [1 BvR 1053/87](#), [1 BvR 556/88](#) â juris). Auch die âKÃ¼rzungâ der AnsprÃ¼che auf Rente der ausgleichspflichtigen Person bzw deren Hinterbliebenen verfehlt nicht bereits dann ihren Zweck, wenn die ausgleichsberechtigte Person aufgrund eines frÃ¼hen Todes â wie hier â keine entsprechende Rente bzw Versorgung hat. Nach DurchfÃ¼hrung des Versorgungsausgleichs setzt sich das versicherungstypische Risiko statistisch unterdurchschnittlicher Leistungen zwangslÃ¤ufig in beiden HÃlften des geteilten Anrechts auf je eigene Weise fort. ErhÃhlt die ausgleichsberechtigte Person aufgrund ihres konkreten Versicherungsverlaufs im statistischen Vergleich weniger Leistungen aus dem Ã¼bertragenen Anrecht, realisiert sich darin das typische Versicherungsrisiko allein der ausgleichsberechtigten Person. FÃ¼r die ausgleichspflichtige Person ist dies ohne Bedeutung. Denn die im Versorgungsausgleich zwischen den Geschiedenen geteilten Versorgungsanrechte sind ab der Teilung voneinander unabhÃ¤ngig. WÃhrend der Ehe steht jedes Anrecht einem Ehepartner formal ungeteilt zu und folgt einem einheitlichen Versicherungsverlauf, der sich im Wesentlichen am Inhaber des Anrechts ausrichtet. Durch den Versorgungsausgleich werden die einzelnen ehezeitlich erworbenen Rechte zwischen den geschiedenen Ehegatten in zwei HÃlften geteilt, die den beiden je eigenen Versicherungsschutz vermitteln. Dabei entstehen zwei selbstÃ¤ndige VersicherungsverhÃltnisse, so dass die rentenrechtlichen Schicksale der geschiedenen Ehegatten grundsÃ¤tzlich unabhÃ¤ngig voneinander zu sehen sind (vglÃ [BVerfGE 80, 297](#), 312; [BVerfGE 136, 152-190](#)). Ein VerstoÃ gegen [Art. 6 GG](#) bzw [Art. 14 GG](#) ist danach nicht erkennbar.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Â

GrÃ¼nde fÃ¼r eine Zulassung der Revision gemÃÃ [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 17.05.2022

Zuletzt verÃ¤ndert am: 22.12.2024